



ROSSMANN'S ROTE SPD-POST

Infoblatt von Ernst Dieter Rossmann, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg Sommer 2019

MOBILITÄT: DIE VERKEHRSWENDE MUSS KOMMEN!

Dem Vorschlag von Bundesverkehrsminister Scheuer, das Motorradfahren mit Maschinen bis 125 ccm mit geringen Hürden auch für Autoführerscheinbesitzer freizugeben, erteilt Ernst Dieter Rossmann eine Absage. Er fordert „Initiativen für Schiene, Rad und ÖPNV statt neue CSU-Schildbürgerstreiche!“

MEHR AUF SEITE 3



KINDERBETREUUNG: „ERZIEHERAUSBILDUNG STÄRKER FÖRDERN!“

Bis zum Jahr 2025 fehlen in Deutschland 300000 Erzieherinnen und Erzieher. Beim Kreis Pinneberger Bildungsforum von MdB, MdL und Kreis-SPD war deshalb diese Forderung Konsens: Für den Erzieher-Nachwuchs müssen alle Kräfte mobilisiert werden!

MEHR AUF SEITE 4

IN DIESER AUSGABE:

- Globale Mindeststeuer S. 2
- Verkehrswende S. 3
- Die SPD schiebt die Groko an S. 3
- Erzieherausbildung S. 4
- Impressum S. 4

Die SPD setzt sich ein: Der Pflegetarif soll kommen!



FOTO: BMAS

Er macht Tempo für einen bundesweiten Pflegetarif: SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil (Mitte).

Pflegekräfte verdienen Anerkennung und eine gute Bezahlung. Doch bislang wurden sie nur sehr gering – und sehr unterschiedlich – entlohnt. Das soll sich nach dem Willen der SPD jetzt ändern: Mit dem „Gesetz für bessere Löhne in der Pflege“ will Sozialminister Hubertus Heil (SPD) dafür sorgen, dass Pflegerinnen und Pfleger endlich anständig bezahlt werden.

„Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen machen den Pflegeberuf attraktiver. Ein wichtiger Schritt, mehr Fachkräfte für eine menschenwürdige Pflege zu gewinnen.“ Das sagt Ernst Dieter Rossmann zum Pflegelöhneverbesserungsgesetz, das Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) vorgelegt hat. „Aber letztlich dürfen höhere Kosten auch nicht Pflegebedürftige und ihre Angehörigen belasten!“ Des-

halb mahnt der Sozialdemokrat beim Koalitionspartner gleichzeitig die Zustimmung zu einem weiteren Projekt an: „Als notwendiger nächster Schritt muss der Sozial-Deckel für den Eigenanteil der zu Pflegenden an den Kosten kommen.“

DAS WILL DIE SPD: PERSONAL-MANGEL EINDÄMMEN, GUTE PFLEGE GEWÄHRLEISTEN!

Ziel des „Gesetzes für bessere Löhne in der Pflege“ ist, dass in der Pflege bundesweit nach einem einheitlichen Tarif bezahlt wird. Rossmann: „Das geht nur gemeinsam mit den Sozialpartnern. Sie sollen deshalb einen Tarifvertrag aushandeln, der dann auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt wird.“ Auch die im kirchlichen Bereich zuständigen Kommissionen sollen einbezogen werden. Sollten sich die Partner nicht einigen, wird durch

Rechtsverordnung auf Empfehlungen der Pflegekommission ein Mindestlohn differenziert nach Hilfs- und Fachkräften eingeführt. „So soll der Personalmangel eingedämmt und eine menschenwürdige Pflege gewährleistet werden“, sagt Rossmann.

Wichtig findet er aber auch, die zu Pflegenden und ihre Familien vor zu hohen Kosten zu schützen.

FAMILIEN UND ZU PFLEGENDE VOR HOHEN KOSTEN SCHÜTZEN!

Rossmann unterstützt daher die Initiative von Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) für einen Deckel: „Das Prinzip der Pflegeversicherung sollte umgekehrt werden: Nicht die Leistungen werden gedeckelt, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen.“

Globale Mindeststeuer: Wie Scholz die Multis an die Kette legen will



Viele internationale Konzerne machen Milliarden Gewinne – zahlen aber kaum Steuern. Starbucks, Facebook, Amazon & Co. tragen weniger zum Gemeinwohl bei als der Bäcker an der Ecke. Das will die SPD ändern! Und für dieses Ziel ist die internationale Staatengemeinschaft jetzt entscheidend vorangekommen: Sie unterstützt die Initiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz für eine internationale Mindestbesteuerung.

„Wer als mittelständisches Unternehmen Steuern zahlt, kann nicht ertragen, dass einige, die viel mehr Geld verdienen, gar keine zahlen. Das ändern wir jetzt“, sagt Olaf Scholz. Die Finanzminister der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer hätten im Juni einen „echten Durchbruch“ erzielt: „Alle relevanten Staaten haben sich für unsere Initiative ausgesprochen, global eine Mindestbesteuerung einzuführen.“

Die Idee: Falls ein Staat Konzerne mit Mini-Steuern anlocken möchte, können andere Staaten die Gewinne des Unternehmens bei sich nachversteuern. Damit macht die Verlagerung in Steueroasen keinen Sinn mehr.

Olaf Scholz: „Schon im nächsten Jahr soll die internationale Vereinbarung stehen. Schön.“

AGRARWENDE: DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE NEUE LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

UMSTEUERN IM AGRARBEREICH: SPD-EXPERTE RAINER SPIERING KOMMT

Artenvielfalt, Tierwohl, Verbraucherschutz – es gibt viele Felder in der aktuellen Landwirtschaftspolitik mit Luft nach oben. „Wir brauchen eine Agrarwende in Deutschland und Europa“, sagt Rainer Spiering, Bundestagsabgeordneter der SPD. Wie eine neue Agrarpolitik aussehen könnte und welche Konzepte die SPD für diesen Be-



FOTO: SPD-FRAKTION / BENNO KRAEHAHN.
Rainer Spiering ist agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

reich hat - darüber will der Agrar-Sprecher der Sozialdemokraten am Abend des 13. August in Barmstedt mit Fachleuten und Interessierten aus dem Kreis Pinneberg diskutieren. Mehr Informationen zur Veranstaltung gibt es über das Wahlkreisbüro Rossmann in Pinneberg unter 04101/200639.

SPD FORDERT AUSSTIEG VOM KÜKENSCHREDDERN: „KLÖCKNER MUSS KONKRETE SCHLUSSPUNKT SETZEN!“

Ernst Dieter Rossmann macht nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur vorübergehenden Fortsetzung des Kükenscheddens weiter Druck auf Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU). „Wir brauchen einen Wandel in der Landwirtschaft. Und für das Ende der Kükentötung muss die Ministerin jetzt einen konkreten Zeitpunkt benennen“, fordert der Politiker. Die SPD habe aus gutem



Grund darauf bestanden, das Ende des „Kükenschredderns“ in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. „Es geht hier um eine wichtige Frage des Tierschutzes“, sagt Rossmann. „Als zuständiges Kabinettsmitglied ist Klöckner hier in der Pflicht, dem Missstand endlich ein Ende zu machen. Statt selbstgesetzter Gummi-Fristen ist jetzt eine klare Ansage mit einem klaren Datum fällig“, verlangt Rossmann.

MELDUNGEN

BILDUNGSPOLITIK:**„Schwimmen wieder wichtig nehmen!“**

Studien der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) belegen, dass 50 Prozent aller zehnjährigen Kinder nicht richtig schwimmen können. Immer mehr Kinder tun sich im Wasser schwer. Für Ernst Dieter Rossmann ist das Schwimmenlernen aber kein reines Privatvergnügen, sondern ein Teil der persönlichen Daseinsvorsorge.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses im deutschen Bundestag betont: „Beim Schwimmenlernen handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vom Staat, den Schulen, den Sportvereinen wie den Freizeitstätten insgesamt angegangen werden muss.“ Er fordert deshalb, die Schwimmgelegenheiten nicht weiter einzuschränken. „Wir brauchen die Schwimmbäder für die Freizeitgestaltung und den Schwimmsport, aber vor allen Dingen für das Schwimmenlernen und die Wassersicherheit.“ Der Abgeordnete fordert hierzu eine gemeinsame Aktion vom Land als Bildungsträger für die Schulen, den Kommunen als



SCHWIMMENLERNEN IST DASEINSVORSORGE. VON LAND, KOMMUNEN UND SCHULEN FORDERT BILDUNGSEXPERTE ROSSMANN DESHALB EINE GEMEINSAME AKTION.

Trägern von Bädern sowie den Schulen selbst. Rossmann: „Es ist schon ein gutes Zeichen, dass das Land auch zusätzliche Investitionsmittel für die teuren Reparaturen und Modernisierungen bei den Schwimmbädern zur Verfügung stellt, genauso wie sich auch der Bund mit seinen Konjunkturprogrammen hier positiv eingebracht hat.“

Die Erzieherausbildung auf allen Ebenen fördern!



SIE SETZEN SICH FÜR EINE OFFENSIVE AUCH DES LANDES BEI DER ERZIEHERAUSBILDUNG EIN: ERNST DIETER ROSSMANN, SPD-MDL KAI VOGEL, GESA KITSCHKE VON DER AWO UND KITA-LEITER PATRICK LAAS.

Für den Erzieher-Nachwuchs alle Kräfte mobilisieren! Diese Forderung war Konsens beim SPD-Bildungsforum. Veranstalter Ernst Dieter Rossmann: „**Bis zum Jahr 2025 fehlen 300000 Erzieherinnen und Erzieher.** Das heißt: Wir müssen wegen der langen Ausbildung jetzt zusätzliche Klassen einrichten!“

Die verschiedenen Ausbildungswege wurden von dem Hamburger Kita-Leiter Patrick Laas, der AWO-Kita Bereichsleiterin für Schleswig-Holstein Gesa Kitschke und dem schulpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kai Vogel, aufgezeigt.

Bundesweit sind das vier Grundmodelle, nämlich die Vollzeit-ausbildung in den Berufsschulen, die praxisintegrierte Ausbil-

dung, die Teilzeitausbildung mit Anstellung und die Teilzeitausbildung ohne Anstellung. Dazu kommen Sonderformen in den Bundesländern. Kai Vogel: „Mit vielen Sonderwegen sollen Quereinsteigerinnen und Rückkehrerinnen gewonnen werden. **Entscheidend bleibt aber die grundständige gute Ausbildung in der ganzen Breite der Arbeitsfelder!**“ Die Praktiker nannten unter anderem die Inklusion, die Integration und besondere Förderaufgaben von der MINT-Bildung bis zur Sprachförderung.

Rossmann setzt für die Zukunft auch auf eine Ausbildung mit Vergütung: „Was für die Altenpflege jetzt kommt, muss auch für die Erzieher erreicht wer-

den.“ Ansatzpunkte sieht der Vorsitzende des Bundestags-Bildungsausschusses in einer weiteren Verbesserung bei der Aufstiegsfortbildung, die auch die Erzieherausbildung einschließt und bei der Förderung der dualen Ausbildung. „**SPD-Bundesfamilienministerin Franziska Giffey hat Extra-Bundesgeld zur Verfügung gestellt**“, berichtete er. „Wichtig ist, dass auch die Länder in diese Förderung mit einsteigen. Immerhin bekommen sie vom nächsten Jahr an 9,7 Milliarden Euro zusätzlich, weil die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geordnet worden sind. Das muss dann auch in die frühkindliche Bildung und die Erzieherausbildung fließen!“



SIE TREIBT FÜR DIE SPD DIE ARBEIT AN EINEM MODELL FÜR EINE EIGENSTÄNDIGE GRUNDSICHERUNG FÜR KINDER VORAN: AM 4. SEPTEMBER STELLT NIEDERSACHSENS SOZIALMINISTERIN CAROLA REIMANN DAS KONZEPT IN SCHENEFELD VOR.

JA ZUR GRUNDSICHERUNG FÜR KINDER!

Carola Reimann kommt in den Kreis Pinneberg

Was hat es sich mit der eigenständigen Grundsicherung für Kinder auf sich, für die sich die SPD einsetzt? Das können Kreis Pinneberger am 4. September von einer erfahrenen, die sich wie niemand sonst mit der Idee auskennt: Carola Reimann, Niedersachsens Sozialministerin kommt nach Schenefeld!

Für die Ministerin ist die Sache ein Herzensanliegen. Aktuell erarbeitet sie für die Sozialdemokraten das Konzept, das noch in diesem Jahr beraten werden soll.

Ziel der neuen Regelung ist, nicht nur den finanziellen Bedarf eines Kindes, sondern auch die Infrastrukturleistungen in Kita, Schule, Ganztagsbetreuung und Teilhabe an Förderangeboten und gesellschaftlichem Leben zu berücksichtigen. Geplant ist eine unbürokratische und leicht verständliche Leistung, die bei den Kindern und Familien ankommt.

Mehr Infos zur Veranstaltung gibt es im Wahlkreisbüro Rossmann (Kontakt: Siehe Impressum rechts).

IMPRESSUM

ROSSMANN'S ROTE
SPD-POST

Ausgabe 1/2019

Hrsg.:

Jens von Häfen

Friedrich-Ebert-Str. 34

25421 Pinneberg

Tel: (04101) 20 06 39

Fax: (04101) 55 36 65

Redaktion:

Jens von Häfen (V.i.S.d.P.)